Der Deutsche Correspondent.

Baltimore, 13. Februar 1874.

Verhandlungen der Staatsgesetzgebung.

Annapolis, den 9. Februar.

Senat.

Der Senat trat heute Mittag unter Hrn. John Lee Carroll's Vorsitze zusammen. Nachdem der Hochw. Pater Oberle ein Gebet gesprochen, wurde das Mitglieder-Verzeichniß verlesen, und es antworteten nur folgende 10 Senatoren: Carroll, Brewer, Crawford, Davis, Getty, McCulloh, Phelps, Stevens, Steiner und Smit. Somit war keine beschlußfähige Anzahl im Sitzungssaale erschienen, und da man ermittelte, daß überhaupt keine Mehrheit in Annapolis anwesend war, so vertagte sich der Senat bis morgen Vormittag 11 Uhr.

Ursachen der Beschlußunfähigkeit.

Mehrere Senatoren sind als Comite-Mitglieder anwesend und besuchen Staatsanstalten; andere die in entlegenen Counties wohnen, sind durch den Schnee abgehalten, die Staatshauptstadt rechtzeitig zu erreichen.

Die Lootsen-Gesetze. — Anwesenheit eines Comite's von Baltimore.

Die HH. W. H. Perot, C. Morton Stewart, Oberst J. Snider Jenkins, G. A. v. Lingen, Andrew Reid und Decatur H. Miller behandeln sich als Vertreter der Baltimorer Handelskammer, des „Norddeutschen Lloyd" und der Lootsen-Prüfungs-Commission heute in unserer Stadt, um dem Senats-Ausschusse für gerichtliche Prozedur ein Gesuch um Aenderung des Marylander Lootsen-Gesetzes zu übergeben. Senator Tuck, Vorsitzer, und die HH. Stevens und Davis, Mitglieder des genannten Comite's, versammelten sich im Comite-Zimmer, worauf ihnen Hr. Perot folgende die Ansichten obiger Herren vertretende Denkschrift vorlas:

„Vor 1866 war es allen Fahrzeugen freigestellt, einen Lootsen zu nehmen, wenn sie als Conzession zur Befahrung der Chesapeake-Bai ohne Lootsen eine Gebühr von 6 Cents pro Tonne jährlich bezahlten. Da wurden die Lootsen dahin vorstellig, daß dieses Conzessions-System ihre Einkünfte dergestalt verringerten, daß sie für die erforderliche Anzahl Lootsenboote zu sorgen und den Lootsendienst überhaupt wirksam zu leisten nicht mehr im Stande wären, weshalb sie verlangten, daß die Rheder ihnen Zwangs-Lootsengeld für alle Schiffe mit Ausnahme von Küstenfahrern bezahlen müßten, wofür sie versprachen, drei Boote immer auf hoher See kreuzen zu lassen und Alles, was sonst in ihren Kräften stehe, zu thun, um den Lootsendienst gründlich und wirksam zu leisten. Diesen Vorschlag nahmen die Schiffseigenthümer allgemein an, und am 1. Februar 1866 wurde das Gesetz dahin amendirt, daß mit Ausnahme von Küstenfahrern alle von Baltimore auslaufenden oder dahin bestimmten Schiffe, ob sie nun eines Lootsen sich bedienten, oder nicht, Lootsengebühren bezahlen müßten, vorausgesetzt, daß bei nach Baltimore oder anderen Häfen des Staates bestimmten Schiffen ein Lootse seine Dienste angeboten, ehe Cap Henry ihnen südlich lag. (Siehe den 16. Abschnitt des 74. Artikels der allgemeinen Staatsgesetze.)

Zugleich änderte man den 29. Abschnitt dahin ab, daß immer drei Lootsenboote resp. 15, 10 und 15 Meilen vom Kap Henry entfernt auf hoher See parat sein mußten, und die Lootsen-Prüfungs-Commission erhielt Befugniß, für das Kreuzen dieser Boote Vorschriften zu erlassen. (Siehe den 29. Abschnitt.)

Im Jahre 1868 wanden sich die Lootsen an die an der Rhederei Betheiligten wiederum mit der Vorstellung, sie bedürften, wenn sie den Vorschriften des 1866 amendirten Abschnittes im vollen Umfange nachkommen sollten, weitere Erhöhung ihrer Einkünfte; demgemäß verhanden sich viele Schiffseigenthümer dazu, gemeinschaftlich die Gesetzgebung um eine Steigerung der Lootsengebühren für auslaufende Schiffe zu ersuchen. Auch jetzt wurde am 7. März 1868 der 21. Abschnitt im Sinne des Verlangens der Lootsen amendirt.

Seitdem sind vier Jahre verflossen; in dieser Zeit hat sich der Lootsen-Einkommen durch stetiges Anwachsen unseres Verkehrs mit dem Auslande beständig vermehrt, und dennoch sah sich die Prüfungs-Commission der Gesetzgebung in der 1872er Sitzung zu berichten genöthigt, daß die Lootsen dem Gesetze nie nachgekommen, statt dreier Boote, die auf hoher See kreuzen sollten, nur zwei brauchbare hatten, von denen eines gemeinschaftlich als ein Abseegeboot benutzt wurde, so daß statt dreier nur ein einziges auf hoher See kreuze; daß allgemein über die Schwierigkeit, mit Aussnahme in unmittelbarer Nachbarschaft des Kaps überhaupt oft thatsächlich innerhalb der Kaps liegender Punkt, und die Lootsen haben ihn systematisch benutzt, um, ohne Dienste zu leisten, von Schiffen eine Abgabe zu erheben, und dazu sind sie nach dem 29. Abschnitte berechtigt, welcher, wie er zur selbigen Zeit amendirt wurde, deutlich besagt, daß die Lootsen mit drei Booten resp. 15 Meilen nördlich, 10 Meilen östlich und 15 Meilen südlich vom Kap Henry auf See kreuzen sollen.

Diese beiden Abschnitte stehen folglich thatsächlich mit einander im Widerspruche, und wir ersuchen jetzt die Gesetzgebung, wie es die frühere Commission schon vor zwei Jahren gethan, den 16. Abschnitt dahin zu ändern, daß nur dann Lootsengebühren bezahlt zu werden brauchen, wenn Lootsen 15 Meilen seewärts vom Kap Henry ihre Dienste anbieten, welche Entfernung nach dem Leuchtthurme bei Tage oder nach dem Lichte desselben bei Nacht zu bestimmen ist. Ein solches Amendement würde nach unserem Dafürhalten die Vorschriften der beiden Abschnitte in Einklang bringen und durch Nöthigung der Lootsen zum Kreuzen, wenn sie ihr Geld verdienen wollen, die Ursache der weit verbreiteten Unzufriedenheit mit unserem Lootsen-Systeme, welche auf die rascheste Entwickelung unseres Handelsverkehrs mit dem Auslande einen sehr bedenklichen Einfluß ausübt, beseitigen.

Nach dem gegenwärtigen Gesetze besteht die einzige Strafe, zu deren Auferlegung und Durchführung die Commission befugt ist, in $150 Geldbuße für Lootsen-Funktionen während Suspendirung vom Dienste in Folge von amtlichen Mißverhalten, und sie stellt jetzt das Gesuch, daß der 15. Abschnitt so abgeändert wird, daß er ihr die Befugniß ertheilt, bei Fortsetzung von Nachlässigkeit oder Unfleiß der Lootsen die Lootsen-Gebühren für verwirkt zu erklären und ferner schädlichen Vereinigungen unter den Lootsen zur Hemmung der Gesetzvorschriften vorzubeugen; alle laut dieses Abschnittes erlangten Strafgelder sollen zur Unterstützung kranker und dienstunfähiger Lootsen verwendet werden.

Der 6. Abschnitt des jetzigen Gesetzes nöthigt Jeden, der um eine Lootsen-Conzession einkömmt, mindestens 5 Jahre als Lehrling im Lootsen-Geschäfte gestanden zu haben; dies schränkt die Auswahl passender Leute zur Besetzung des Dienstes auf sehr enge Grenzen ein, und die Commission ist der Ansicht, daß die Wirksamkeit des Dienstes durch Ermächtigung derselben, Jeden, der über genügende Tüchtigkeit im Lootsen-Geschäfte Zeugnisse oder befriedigende Belege beibringt, eine Conzession zu ertheilen, erheblich gefördert würde.

Die gegenwärtig verlangten Amendements werden die jetzigen Einflüsse der Lootsen in keiner Weise vermindern; aber die Commission ist durch die vergeblichen Resultate mehrjähriger gewissenhafter Bemühungen ihrer Seits, das jetzige Gesetz auszuführen, zu der Ueberzeugung gelangt, daß ohne diese Amendements sich kein wirksamer Dienst erzielen läßt.

Das Zwangs-System ist für Einzelnpersonen drückend und hat viele Gegner; doch sind wir gewillt, seine Fortdauer zu befürworten als Aneiferung zu gewissenhafter Pflichterfüllung Seitens der Lootsen und Behufs Erzielung eines durchweg wirksamen Dienstes zum Schutze der Handels-Marine.

Als Hr. Perot mit der Verlesung fertig war, las Hr. John P. Poe, Anwalt der Deputation, einen Amendements-Entwurf für's gegenwärtige Gesetz vor, betitelt: „Ein Gesetzvorschlag mit dem Titel: ein Gesetz zum Widerrufe des 6., 15,, 16. und 29. Abschnittes des 74. Artikels der allgemeinen Staatsgesetze über Lootsen und zum Wiedererlasse und Amendiren derselben, sodaß sie folgendermaßen lauten." Der Entwurf enthält die nach den oben ausführlich mitgetheilten Uebelständen abgefaßten Gesetzänderungen.

Nach Verlesung des Entwurfes wandte sich Hr. Tuck, Comite-Vorsitzer, an den anwesenden Capitän Cooper mit den Worten, man wolle ihn, wenn er irgend eine Darlegung des Thatbestandes zu geben oder auf die Vorstellungen der Deputation aus Baltimore, die eben ihre Ansichten auseinander gesetzt habe, zu erwiedern wünsche, zu irgend einer Zeit anhören.

Hr. McClure, der sich ebenfalls im Comite-Zimmer befand, erklärte darauf, er vertrete den Lootsen-Verein und sei in dieser Eigenschaft hier erschienen.

Man ordnete an, daß man ihm im Laufe dieser Woche, wahrscheinlich in einer Abend-Sitzung des Comite's Gehör schenken werde.

Unterhaus.

Petitionen, Denkschriften 2c.

Hr. Greenfield übergab eine Petition von Hamilton Caster u. A. um ein Gesetz, welches verhand, daß die Besitzer, die Waaren nach Proben verkaufen, eine Lizens lösen müssen. — Hr. Buchanan, eine Petition von Damen aus Baltimore County um ein „Local-Option-Gesetz." — Hr. Banderford, von den Stadtbehörden von Westminster um ein Amendement zu dem städtischen Freibriefe; ferner um ein „Local-Option-Gesetz;" ferner Petition im Betreff des Wegezollgesetzes. — Hr. Brace, Petition von Chas. Cavanagh u. A. aus Allegany-County gegen die Annahme eines Gesetzes, welches das Jagen von Hirschen mit Hunden verbietet. — Hr. McCosker, Petition von 104 Kesselschmieden um Widerrufung des 15. Abschnittes des Kapitels 158 der Akte, welche die Inspektion von Dampfkesseln verfügt. — Hr. Stewart, von Bürgern aus Howard-County, um Ernennung eines weiteren Friedensrichters für jenes County.

Verfügungen.

Auf Antrag des Hrn. Bird wurde der Aufseher der Vorhalle angewiesen, Personen zu verhindern, Anschlagzettel anzukleben.

Gesetzentwürfe.

Hr. Glotfelty erhielt Erlaubniß, eine Bill einzubringen, welche erlaubt, eine Verwilligung für Reparatur der Nationalstraße zwischen Frostburg und der pennsylvanischen Grenze zu machen. — Hr. Greenfield brachte eine Bill ein, Abschnitt 41, 42 und 43, Artikel 56 des allgemeinen Staatsgesetzes umzugestalten. (Temperenzmaßregel.) — Hr. Banderford, eine Bill, den Freibrief von Westminster zu amendiren. — Hr. Seth, eine Bill, einen weiteren Friedensrichter für Kent-Co. zu ernennen.

Comite-Berichte.

Günstiger Bericht wurde über die Hans-Bill erstattet, welche dem Gouverneur, Controleur und Schatzmeister gestatten, die Rechnungen des Staatswägemeisters C. McGuire abzuschließen.

Von dem

Staatsschatzmeister B. Compton

wurde ein Schreiben verlesen, in welchem er das Amt acceptirt und der Gesetzgebung für das bewiesene Vertrauen dankt.

Eine Botschaft

des Gouverneurs zeigte dem Hause an, daß er die Hans-Bill, welche den Freibrief der „Baltimore-Philadelphia-Dampfer-Comp." verlängert, unterzeichnet habe.

Gesetz-Verlesung beordert

Freaner's Hans-Bill, gewisse Abschnitte des 21. Art. der Lokalgesetze von Washington-County umzugestalten, sowie einige andere Lokal-Bills von Counties.

Angenommen

Hrn. Pruitt's Haus-Bill, die Akte von 1872, Kap. 131 umzugestalten, welche auf den Schutz von Austern, Clams in Worcester-County Bezug hat. — Hrn. Banderford's Bill über Umänderung des Freibriefes der „Carroll-County-Savings-Bank." Ferner die Bill, dem Art. 98 des Generalgesetzes einen weiteren Abschnitt hinzuzufügen.

Die Tagesordnung.

Die Haus-Bill zur Feststellung des County-Sitzes von Garrett-Co. wurde sodann als Tagesordnung aufgenommen. Hr. Glotfelty beantragte, die Gesetzes-Clausel zu streichen, der Antrag wurde jedoch verworfen. Auf Antrag des Hrn. West wurde die Bill zurückgelegt.

Stewart's Haus-Bill, Abschn. 811, Kap. 287 der Akte von 1870 umzuändern, wurde sodann als zweite Tagesordnung aufgenommen; dieselbe bezieht sich auf die Polizei in Baltimore.

Mc Kaig beantragte ein Amendement, daß nur ein Arzt an Stelle von Wieren ernannt werde, was angenommen wurde. Die Bill wurde sodann bis auf nächsten Dienstag zurückgelegt.

Brace's Haus-Bill, welche die Neueintheilung von Allegany-County verfügt, wurde an das Comite zurückverwiesen.

Ferner wurden angenommen

Watkins' Haus-Bill, die „Washington Grove-Camp-Meeting-Association" zu incorporiren.

Namensaufruf des Hauses.

Als gegen 1 Uhr Stewart's Haus-Bill über Incorporirung der „Union-Banking-Comp." verlesen wurde, machte Hr. Joyce plötzlich d...sumerksam, daß kein Quorum anwesend sei. Die Namensliste wurde verlesen und 59 Mitglieder antworteten. Der Sergeant-at-Arms wurde ausgeschickt, welcher in der Eile eine Anzahl, die sich gedrückt hatten, herbeholte. Die vorliegende Bill wurde sodann verlesen und angenommen.

Stewart's Senats-Bill, den Freibrief des „Thomas Fire Ins. Comp." zu amendiren, wurde verlesen und nachdem ein Amendement McCosker's angenommen war, passirte dieselbe. Blake's Senats-Bill, auf Bau-Bereine und Land-Compagnie'n bezüglich, wurde zum dritten Male verlesen und angenommen. McColgan meinte, die Absicht der Bill sei ohne Zweifel ausgezeichnet, doch entspreche dieselbe nicht ganz den Zwecken. Hr. Keech verlas einen Brief von J. T. Graham, welcher der Ansicht ist, daß die Bill den Baumeistern nicht Unannehmlichkeiten bereite.

Hr. Joyce lenkte die Aufmerksamkeit des Hauses auf die Thatsache, daß zur Zeit viele Wechsel von solchen Vereinen ausgegeben seien, angeblich zum Besten der Mitglieder, welche von solchen Vereinen Geld borgen, thatsächlich aber zum Nachtheile und Ruin derselben. Der Plan sei, die Armen und Unwissenden zu plündern und dagegen suche die Bill Schutz zu gewähren.

Hr. Greenfield meinte, daß in vielen Fällen die Rechte von Bau-Vereinen von Denen, welche dieselben leiteten, außer Acht gelassen wurden.

Auf Antrag des Hrn. Henkle wurde die Bill bis zum Freitag verschoben.

Nachdem noch eine auf Frederick-County bezügliche Bill angenommen worden war, vertagte sich das Haus um ¾3 Uhr.

Annapolis, den 10. Februar.

Senat.

Petitionen

legten vor: der Vorsitzende von C. O. Smith, Waldron und Anderen aus Baltimore-County um Abstimmung über den Spiritusen-Verkauf; Hr. Brewer von Bürgern von Montgomery-County um ein "Local Option"-Gesetz; Hr. Crawford von Humphry Humphries und 130 Bürgern von Wicomico-County um Schutz der Austerlager in genannten County; Hr. Steiner von Sylvania Grimm um Pension; Hr. Getty von 202 Bürgern von Garrett-County um ein "Local Option"-Gesetz; Hr. Davis von M. Merryman und 26 andern Bürgern von Baltimore-County um ein Gesetz über frei umherlaufendes Vieh; Hr. Walsh von Georg L. Von Bibber und anderen Bürgern von Harford-County um ein Gesetz zur Belohnung des Erlegens von Hühner-Habichten im Staate; Derselbe um Bezahlung rückständiger Pension an Capt. Wm. Barnes; Hr. Denson von Hamilton Caster & Söhnen, Gebrüdern Hodges und anderen Baltimorer Firmen Betreffs der Conzession und Steuer für Leute, die im Staate Waaren nach Muster, Probe oder Karte verkaufen.

Gesetzentwürfe brachten ein

Hr. Davis: die Vorsteher des Johns Hopkins'schen Spitals zum Ankaufe eines Landstriches in Baltimore-County, zur Aufführung von Gebäuden für Reconvalescenten und zum Baue und Besitze eines Landstriches für die Erziehung von Negerwaisen zu ermächtigen; Hr. Walsh: für die Wiederaufnöthigung des Saales des Oberappellations-Gerichts eine Summe zu verwilligen; Hr. Steiner: das Gesetz über Amts-Sporteln zu amendiren; Hr. Tuck: den Gesetzesabschnitt über Appellationen zu amendiren; Hr. McCulloh: ein Vermächtniß des W. Thomas Syers für die St. Patricks-Kirche in Cumberland zu sanktionren; Hr. Stevens: die Gerichtsbarkeit des Baltimorer Stadtgerichts wieder zu reguliren, zu ändern und zu erweitern; Ebenderselbe: dem Gesetze über die Baltimorer Polizei einen Abschnitt hinzuzufügen; Ebendersel-be: das Testaments-Gesetz zu amendiren; Hr. Tuck: die „Chesapeake-Einwanderungs-Land- und Anbau-Compagnie" zu incorporiren; den Freibrief der „Baltimore-Drum-Pointer Eisenbahn-Gesellschaft" zu amendiren.

Erste Lesung von Gesetz-Vorschlägen.

Die Senatsbill zur Ermächtigung des Staatsschatz-Controleurs, die Pensionsansprüche gewisser Personen anzuzahlen; die Senatsbill zur Errichtung einer Staats-Sanitäts-Behörde; die Senatsbill Betreffs der Meilengelder für die Vertreter von Garrett-County in der Gesetzgebung; die Senatsbill zur Amendirung des Staatsgesetzes über Friedensrichter und Constabler in Carroll-County.

Beitrag der Stadt Baltimore's zu den Staats-Einkünften.

Der Vorsitzende überreichte als Antwort auf den betreffenden Senats-Beschluß vom 5. Februar eine Zuschrift des Staatsschatz-Controleurs mit Angabe der aus allen Quellen von der Stadt Baltimore in die Staatskasse eingezahlten Summen während des verflossenen Fiskaljahres und der Quellen, aus denen die Gelder geflossen. Darnach beziffer sich dieselben im Ganzen auf $783,638.94, welche Summe sich auf folgende Posten vertheilt: $310,348.18 an Staats-Steuern von Steuereinnehmern, $71,557.66 an Staats-Abgaben von incorporirten Anstalten, $260,374.51 für Conzessionen, $14,777.42 als Sportel- und Gebühren-Ueberschuß, $74.10 für Civil-Commissionen, $41,701.31 an Abgaben von Commissionen der Testaments-Vollstrecker und Nachlaß-Verwalter, $32,918.07 an Erbschafts-Steuern, $7150 für Auktionators-Conzessionen, $12,503.97 für Staats-Tabacks-Inspektion, $8777.34 von den Staats-Viehwaagen, $2559.41 von den Staats-Werften, $1168.70 von den Staats-Heuwaagen, $7629.73 von den Getreidewägern, $2367.21 an Zinsen von Staats-Steuer-Einnehmern, $4650.50 von Staats-Notaren, $2994 an Geldstrafen, $5323.28 als 20 Cts.-Steuer auf's Grundcapital und $6783.54 als Steuer auf Baltimorer Stadt-Obligationen.

Das Testaments-Gesetz,

im 5. Abschnitte des 93. Artikels der allgemeinen Staatsgesetze enthalten, wurde amendirt, in amendirter Form zum zweiten Male gelesen, und seine Mundirung angeordnet. Die Bestimmung der Amendirbill über Begräbniß-Unkosten führten zu einer Debatte. Hr. Steiner schlug vor, ihren Maximalsatz, wie das Gesetz jetzt vorschriebe, bei $300 zu belassen. Das neue Gesetz verfügt, daß sie dem Ermessen des Gerichtshofes je nach den Umständen und dem Vermögen des Verstorbenen zu bestimmen überlassen bleiben. Das Steiner'sche Amendement fiel durch, und die Bill gelangte zur zweiten Lesung.

Das Bucher-Gesetz

die dieses Gesetz amendirende Bill wurde für Freitag Nachmittag 1 Uhr auf die besondere Tagesordnung gestellt.

Zurückgelegt,

wurden, da die Pläidoyers vor dem Oberappellations Gerichte verschoben worden, die gemeinschaftlichen Beschlüsse Betreffs der Engagirung eines Hilfs-Anwalts für den Prozeß des Staates gegen die „Cumberland-Pennsylvanier Eisenbahn-Gesellschaft."

Vom Unterhause

traf eine Botschaft mit der Meldung ein, daß dasselbe dem Vorschlage des Senats, daß die Temperenz-Comite'n beider Häuser gemeinschaftlich über Temperenz-Vorlagen berathen, beigetreten sei und die Senatsbill zur Amendirung des Freibriefes der „Potomac-Feuerassekuranz-Compagnie" in Baltimore in amendirter Form angenommen habe. Die Unterhausamendements überwies der Senat seinem Körperschafts-Ausschusse.

Außerdem übersandte das Unterhaus eine Anzahl von ihm passirten Bills, deren Titel verlesen, und die dann den zuständigen Ausschüssen überwiesen wurden.

Des Oberbundesrichters Taney Statüe. — Ausschub ihrer Uebergabe an den Staat bis zur nächsten Sitzung der Gesetzgebung.

Im Namen des gemeinschaftlichen Comite's für förmliche Uebergabe der Bildsäule des Oberbundesrichters Statüe an den Staat unter angemessenen Feierlichkeiten und für einen Vortrag vor der Gesetzgebung und den Staatsbeamten über des Verstorbenen Leben und Charakter unterbreitete Hr. Earle einen Bericht, daß die Frist bis zu dem für die Feierlichkeit in Aussicht genommenen Tage, dem 17. März, zur Verwollständigung der nöthigen Anordnungen ungenügend sei; man möge das Comite noch ferner thätig sein lassen und die Feierlichkeit bis zur nächsten Sitzung der Gesetzgebung verschieben. Der Senat stimmte dem Berichte bei.

Beschäe von Anhalten.

Auf Hrn. Walsh's Antrag überschickte man dem Unterhause eine Botschaft mit dem Vorschlage, daß das zum Besuche des „Spring Grove-Asyls" in Baltimore-County eingesetzte gemeinschaftliche Comite auch der „Marylander Industrie-Schule für Mädchen" einen Inspektions-Besuch abstatte.

Das Baltimorer Stadt- und Stadtkreis-Gericht.

Als heute Hr. Stevens um Erlaubniß zum Einbringen seines Gesetz-Vorschlages für Neuverpartirung, Aenderung und Erweiterung der Gerichtsbarkeit des Baltimorer Stadtgerichtes nachsuchte, bemerkte er, er wünsche bezüglich der Eingabe des Richters Pinkney eine Erläuterung zu geben; derselbe habe nicht die Errichtung eines neuen Gerichtshofes in Baltimore im Auge, sondern ersuche nur die Gesetzgebung um Erleichterung, resp. Verringerung der täglich sich steigernden Geschäfte des Stadtkreisgerichts.

Unterhaus.

Gesetzentwürfe.

Hr. Grafton brachte eine Bill ein, die Commissäre von Harford-Co. zu ermächtigen, die Distrikte des County's in Unterabtheilungen einzutheilen. — Hr. Merryman, eine Bill, die „Oakland-Cemetery" von Baltimore-County zu incorporiren. — Hr. Brace, eine Bill, dem Art. 1, Lokal-Gesetz von Allegany-County, einen neuen Abschnitt hinzuzufügen. — Hr. Banderford, eine Bill, das Hypothekengesetz umzugestalten.

Das Taney-Denkmal.

Das gemeinschaftliche Comite beider Häuser über die feierliche Uebergabe der Taney-Statüe an den Staat berichtete, daß die anberaumte Zeit zu kurz sei und sich keine passende Persönlichkeit gefunden habe, die Denkrede zu halten. Das Comite wird sich weiter umsehen, die Feier wird aber wahrscheinlich nicht während der Sitzung der Gesetzgebung stattfinden.

Comite-Berichte.

Hr. Mitchell vom Corporations-Comite berichtete günstig über die Haus-Bill zum Besten der Central-Presbyterianer-Kirche von Baltimore. Die Regeln wurden suspendirt und die Bill zur dritten Verlesung beordert.

Das Special-Comite über die Haus-Bill, den Mayor und Stadtrath von Baltimore zu ermächtigen, Mittel zur Herbeileitung des Gunpowderflusses zu beschaffen, berichtete günstig.

Ferner wurde günstig über die projektirte Errichtung des Marylander Correktionshauses berichtet.

Ungünstig wurde über die Bill zur Abänderung

des Beschlagnahmegesetzes

berichtet. Hr. Stewart beantragte, die Bill an Stelle des ungünstigen Berichtes zu setzen. Brace unterstützte den Antrag. Hr. Keech sprach gegen die Bill; er meinte, man würde Zeit sparen, wenn man die Bill gleich jetzt discutire. Hr. Seth sagte, er habe im Comite gegen die Bill gestimmt, hoffe aber, daß Stewart's Antrag angenommen werde. Hr. Fenton äußerte, daß die Bill für die Arbeiter-Bevölkerung von großer Wichtigkeit und es sei die einzige Spezialgesetzgebung, welche dieselbe jemals verlangt habe. Hr. Parkgate, er vertrete einen großen Theil der Arbeiter-Bevölkerung, sei aber überzeugt, daß die Arbeiter die Annahme der Bill nicht wünschten. Hr. Watkins war für sofortige Abstimmung. Hr. Hawkins sprach für die Bill und der Antrag des Hrn. Stewart wurde mit 44 gegen 13 Stimmen angenommen.

Die Temperenz-Comite'n

beider Häuser wurden in Folge eines Vorschlags des Senats vereinigt. Ferner wurde beschlossen, ein gemeinsames Schulkarfeier-Comite zu ernennen.

Eine Mittheilung des Staatsschatzmeisters

über die seit der Sitzung der letzten Gesetzgebung von dem Staate eingelösten Coupons wurde vorgelegt. Dieselbe gibt folgenden Aufweis: April 1872, 11439 Coup. im Werthe von $93,085; Mai $93,085; Juni $93,085; Juli $117,967,50; Aug. $137,130; Septbr. $114,240; Oktober $79,078,50; November $89,845; Dezember $64,365; Jan. 1873, 2507 Coupons im Betrage von $20,568,15; Februar $49,206,05; März $24,508,15; April $31,225; Mai $67,681,65; Juni $25,718,15; Juli $73,025 und Aug. $67,785. — Der Bericht wurde an das Comite für Mittel und Wege verwiesen.

Weitere Comite-Berichte.

Günstig wurde über die Haus-Bill berichtet, den Mayor und Stadtrath zu ermächtigen, die schwebende Schuld der Stadt zu fundiren; ferner über die Haus-Bill, das Gesetz über die Steuerauflage in der Stadt Baltimore umzugestalten; ferner über die Haus-Bill, den Mayor und Stadtrath zu ermächtigen, Bonds im Betrage von $2,500,000 zur Verbesserung der Jones-Fälle auszugeben.

Der Senat übersandte eine Anzahl Haus-Bills, welche er angenommen hatte.

Die Tagesordnung.

Um 1 Uhr wurde die Tagesordnung aufgerufen, die Bill zur Bestimmung des County-Sitzes für Garrett-Co. kam zur Sprache. Hr. Wack verlangte einen Namensaufruf. 54 Mitglieder antworteten. Die Bill wurde verlesen. Hr. Seth beantragte, die Bill auf den Tisch zu legen, was mit 42 gegen 15 Stimmen verworfen wurde. Hr. Brace beantragte dieselbe auf unbestimmte Zeit zu verschieben, was ebenfalls verworfen wurde. Hr. Fletchall beantragte, die Bill für morgen Mittag auf die Tagesordnung zu stellen. Hr. Seth erhob Einsprache, da dieser Antrag nur gestellt werde, um die Sache zu verzögern. Er sei der Ansicht, daß diese Bill eine der ersten Prinzipe, das der lokalen Selbstregierung verletze. Die Bevölkerung des County's sei mehr interessirt, als andere und ihr solle die Wahl bleiben. Hr. Glotfelty verlas ein Schreiben des Gouverneurs, in welchem sich dieser dafür ausspricht, daß die Sache der Wahl der Countybewohner überlassen bleibe.

Nach längerer Debatte zwischen den HH. Seth und Watkins wurde Fletchall's Antrag angenommen.

Nachdem noch die Visitation des Spring Grove Hospitals beschlossen war, vertagte sich das Haus um ¾3 Uhr.

Annapolis, den 11. Februar.

Senat.

Petitionen

überreichten Hr. Steiner von Adam Devilbiß und 33 anderen Bewohnern von Johnsville in Frederick-County um ein Gesetz, das die „Liberty-Pipe-Creeker Chaussee-Compagnie" nöthigt, ihren Schlagbaum soweit wegzuschaffen, daß er mindestens eine halbe Meile vom jetzigen Postamte daselbst entfernt ist; Hr. Spencer von S. W. Cole und Anderen, welche gegen die Annahme irgend eines das Aussetzen sogenannter Fischtöpfe in Chester County verbietenden Gesetzes protestiren; Hr. Andelotte von 104 Bürgern und Stimmgebern von Worcester-County um örtliche Abstimmung über Gestattung des Spirituosen-Ausschankes; Hr. McCulloh von Nelson Beall und 900 anderen Staatsbürgern um ein Gesetz zur Errichtung eines neuen Countys aus benachbarten Theilen der Counties Alleghany und Garrett; Hr. Andelotte von 53 Damen aus Worcester-County um ein Local Option-Gesetz; Hr. Longwell von 37 Bürgern von Carroll-County Betreffs einer Aenderung in der Grenzlinie des 1. und 2. Prezinkts des 7. Wahlbezirks in Carroll-County; Hr. Knight von O. J. Reynolds, jun., und 83 anderen Bürgern um ein Local Option-Gesetz; Hr. Davis von 42 Bürgern von Baltimore-County um ein Gesetz, das den Stimmgebern eines jeden Wahlbezirks die Erwählung ihrer Schul-Commissäre gestattet; Hr. Steiner von J. W. Santee und 31 anderen Bürgen von Washington-County um ein Local Option- und Entschädigungs-Gesetz; Ebenderselbe von Sophie Hammacher und 35 Anderen, Bürgern von Washington-County, um ein Local Option-Gesetz für den ganzen Staat, wornach den Stimmgebern der einzelnen Wards in Baltimore und der einzelnen Wahlbezirke der Counties die Frage über den Spirituosen-Verkauf in den Wards und Bezirken vorgelegt werden soll.

Eingebrachte Bills.

Hr. Steiner: das Testaments-Gesetz dahin zu ändern, daß weibliche Mündel, die das 18. Jahr erreicht haben, eine Hypothek löschen lassen dürfen; Hr. Aydelotte: das Gesetz über der Friedensrichter Gerichtsbarkeit bei Schlägereien und thätlichen Angriffen in gewissen Counties zu ändern; Hr. Brewer: die Wirksamkeit der Marylander landwirthschaftlichen Lehranstalt zu fördern.

Die Taubstummen-Anstalt.

Im Namen des gemeinschaftlichen Comite's, das die genannte Anstalt in Frederick zu besuchen hatte, erstattete Hr. Walsh über die Verwaltung und Nützlichkeit des Asyls höchst günstigen Bericht; das Verlangen, zu seinem Ausbaue $125,000 verwilligt zu bekommen, sei ein gerechtes und zweckmäßiges. Der Bericht fand Annahme.

Bethelfzahlung.

Die Hausbill Betreffs der Einlösung von Wechseln, die an Montagen fällig werden, wenn National- u. Staats-Feiertage auf den Sonntag fallen, wurde zum zweiten, unter Suspendirung der Geschäftsordnung zum dritten Male gelesen und mit 20 gegen 0 Stimme angenommen.

Die Erbsteuer-Freiheit des Johns Hopkins'schen Spitals.

Auf der besonderen Tages-Ordnung stand die Bill, welche genannte wohlthätige Anstalt von der Erbsteuer befreit haben will; sie lag zur zweiten Lesung vor.

Der Vorsitzende Hr. Carroll, der den Vorsitz inzwischen an Hrn. Earle abgab, befürwortete in längerer begeisternder Rede die Bill, als deren Hauptgegner dann Hrn. Davis aus Baltimore-County auftrat, dessen Hauptmotto: „Gleiche Steuern für Alle im Staate!" war; die Steuerlast werde nachgerade fast unerschwinglich, besonders für die Counties, wo der Grundbesitz n. die Landerzeugnisse, wie er aus einem Vergleiche des Census von 1860 mit dem von 1870 nachzuweisen suchte, in genanntem Dezennium zusammen um $6,959,000 im Werthe gefallen seien.

Hr. Earle, ein Freund der Bill, suchte die Angabe des Hrn. Davis zu widerlegen. Hr. Blake bekämpfte die Bill; man müsse das Staatseinkommen unter allen Umständen vor Schmälerung beschützen.

Die Bill wurde schließlich zum zweiten Male gelesen, aber der Antrag auf ihre Mundirung mit 10 gegen 11 Stimmen verworfen. Die Bill selbst ist damit nicht durchgefallen.

Der Staat gegen die „Cumberland-Pennsylvanier Eisenbahn."

Die Senatsbeschlüsse, dem Staatsschatz-Controleur in obigem Prozesse weiteren Rechtsbeistand zu stellen, stelen durch; man zog aber das Gesetz wieder in Erwägung und legte die Beschlüsse ad acta zurück.

Später nahm man sie jedoch wieder vor, nachdem das Zurücklegungs-Votum rückgängig gemacht worden, und passirte sie.

Unterhaus.

Das Unterhaus versammelte sich zur gewöhnlichen Stunde.

Codifizirung der Gesetze.

Es hält die Arbeit für höchst nothwendig und unterbreitet dem Hause drei Methoden, ohne eine derselben spezziell zu empfehlen:

1. Der betreffenden Person $5000 zu zahlen und dem Staate das Verlagsrecht zu sichern. Die Gesetze seien dann der nächsten Gesetzgebung zu unterbreiten und nach Annahme unter Leitung der Gesetzgebung drucken zu lassen.

2. Die Gesetze nach Brightley's Digest oder dem Virginia Codex zu arrangiren und die Arbeit 3 Richtern zur Prüfung zu unterbreiten; dieselben auf Kosten der betreffenden Personen, welche die Codifizirung vornahmen, drucken zu lassen und diesen in runder Summe $16,000 zu verwilligen.

3. Für die Arbeit vorläufig $5000 zu zahlen und der betreffenden Person Auftrag zu geben, die Contrakte abzuschließen und die Druckarbeit zu leiten; die schließliche Compensation aber der nächsten Gesetzgebung zu überlassen.

Der Staats-Controleur

berichtete infolge einer Aufforderung des Hauses, daß die verschiedenen Departemente des Staates in den Jahren 1872 und 1873 für $5337.88 Gas verbrauchten.

Auf der Tagesordnung

stand abermals die Bill, den County's für Garrett-County zu bestimmen. Dr. Maclin befürwortete die Bill aus den bereits vorgebrachten Gründen. Hr. Bond sagte, die Bevölkerung des Countys habe eine Majorität gegen Oakland abgegeben, es sei klar, daß man den Platz nicht wünsche. Die Vorfrage wurde verlangt und 44 stimmten für und 22 gegen die Bill.

Weitere Berichte.

Das Ackerbau-Comite berichtete günstig über die Haus-Bill, welche den Verkauf der Früchte und Vegetabilien zu regeln beabsichtigt.

Der Bericht wurde angenommen. — Das Justiz-Comite berichtete günstig über die Haus-Bill, welche gestattet, daß der Anklage, einen Prozeß von einem Gerichtshofe zum andern zu verlegen, später noch annullirt werden kann. Ferner günstig über die Senats-Bill, den 45. Art. des Staatsgesetzes so zu amendiren, daß das Eigenthum einer verheiratheten Frau gegen Schuldhaftnahme wegen der Schulden ihres Mannes geschützt werden kann.

Ferner über eine Anzahl ungeordneter Haus-Bills, sowie über die Haus-Bill, das Referiren von Sitzen in Theatern betreffend (siehe Notiz unter Staatsgesetzgebung). Ferner über die Bill, den 1. Abschn. des Art. 35 des Wahlgesetzes zu amendiren.

Veto-Botschaft des Gouverneurs.

Der Gouverneur schickte eine Botschaft ein, in welcher er sein Veto gegen Ernennung Regierungs-beamten vor den Bundesgerichten auf Staatskosten zu vertheidigen, damit dem Volk belegt.

Der Gouverneur sagt: Der Hauptzweck der Bill, die Staatsbeamten zu schützen, welche bei Erfüllung ihrer Pflichten unter dem Congreßgesetze vom 31. Oktober 1870 von Sei